

Andere Verfahrensbeteiligte: Département du Loiret, Scott SA (Prozessbevollmächtigte: J. Lever, QC, J. Gardner und G. Peretz, Barristers, beauftragt durch R. Griffith und M. Papadakis, Solicitors)

Gegenstand

Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz (Erste Kammer) vom 29. März 2007, Département du Loiret/Kommission (T-369/00), mit dem das Gericht die Entscheidung 2002/14/EG der Kommission vom 12. Juli 2000 betreffend die von Frankreich zugunsten von Scott Paper SA/Kimberly-Clark gewährte staatliche Beihilfe (ABl. 2002, L 12, S. 1) für nichtig erklärt hat, soweit sie die Beihilfe betrifft, die in Form des in deren Art. 1 genannten Vorzugspreises für ein Grundstück gewährt wurde — Methode zur Berechnung der Zinsen, die auf die rechtswidrig empfangenen Beträge zu zahlen sind: nach der Zinsformel oder nach der Zinseszinsformel? — Begründung der Wahl dieser Methode und Umkehrung der Beweislast — Zeitpunkt, zu dem das Bestehen eines rechtswidrigen Vorteils zu beurteilen ist

Tenor

1. Das Urteil des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften vom 29. März 2007, Département du Loiret/Kommission (T-369/00), wird aufgehoben.
2. Die Rechtssache wird an das Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften zurückverwiesen.
3. Die Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

(¹) ABl. C 211 vom 8.9.2007.

Urteil des Gerichtshofs (Zweite Kammer) vom 11. Dezember 2008 (Vorabentscheidungsersuchen des Landgerichts Regensburg — Deutschland) — Strafverfahren gegen Klaus Bourquain

(Rechtssache C-297/07) (¹)

(Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen — Art. 54 — Verbot der Doppelbestrafung — Geltungsbereich — Verurteilung in Abwesenheit wegen derselben Tat — Begriff der rechtskräftigen Aburteilung — Nationale Verfahrensvorschriften — Begriff der nicht mehr vollstreckbaren Sanktion)

(2009/C 32/08)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Landgericht Regensburg

Beteiligte des Ausgangsverfahrens

Klaus Bourquain

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen — Landgericht Regensburg — Auslegung von Art. 54 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (ABl. 2000 L 239, S. 19) — Auslegung des Verbots der Doppelbestrafung — Verurteilung in Abwesenheit wegen derselben Tat — Fehlende Vollstreckung und Verurteilung, die unter eine spätere Generalamnestie fällt

Tenor

Das in Art. 54 des am 19. Juni 1990 in Schengen (Luxemburg) unterzeichneten Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen niedergelegte Verbot der Doppelbestrafung findet auf ein Strafverfahren Anwendung, das in einem Vertragsstaat wegen einer Tat eingeleitet wird, für die der Angeklagte bereits in einem anderen Vertragsstaat rechtskräftig abgeurteilt worden ist, auch wenn die Strafe, zu der er verurteilt wurde, nach dem Recht des Urteilsstaats wegen verfahrensrechtlicher Besonderheiten, wie sie im Ausgangsverfahren in Rede stehen, nie unmittelbar vollstreckt werden konnte.

(¹) ABl. C 211 vom 8.9.2007.

Urteil des Gerichtshofs (Zweite Kammer) vom 11. Dezember 2008 — Kommission der Europäischen Gemeinschaften/Freistaat Sachsen

(Rechtssache C-334/07 P) (¹)

(Rechtsmittel — Staatliche Beihilfen — Vorhaben einer Beihilferegulierung für kleine und mittlere Unternehmen — Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt — Kriterien für die Überprüfung staatlicher Beihilfen — Zeitliche Geltung — Vor dem Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 angemeldetes Vorhaben — Nach diesem Inkrafttreten erlassene Entscheidung — Berechtigtes Vertrauen — Rechtssicherheit — Vollständige Anmeldung)

(2009/C 32/09)

Verfahrenssprache: Deutsch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführerin: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Prozessbevollmächtigter: K. Gross)

Anderer Verfahrensbeteiligter: Freistaat Sachsen (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Th. Lübbig)